Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz

Band: 11/1897 (1899)

Artikel: Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-11810

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

9. 9. **Bundesratsbeschluss betreffend Aufnahme eines Zusatzes zu Art. 9 der Verordnung über die Leitung und Verwaltung der schweizerischen Landesbibliothek.** (Vom 9. Februar 1897.)

Der schweizerische Bundesrat,

auf Bericht und Antrag seines Departements des Innern,

beschliesst:

Art. 9 der Verordnung vom 15. Januar 1895, betreffend Leitung und Verwaltung der schweizerischen Landesbibliothek, erhält folgenden Zusatz:

„Je nach dem Umfange der Geschäfte kann der Bundesrat auf den Bericht und Antrag der Kommission am Schlusse des Jahres eine besondere Vergütung für die eigentliche Geschäftsführung gewähren."

---

10. 10. **Bundesratsbeschluss betreffend Ergänzung des Art. 1 der Verordnung für die eidgenössischen Medizinalprüfungen vom 19. März 1888.** (Vom 16. November 1897.)

Der schweizerische Bundesrat,

auf den Bericht und Antrag seines Departements des Innern,

beschliesst:

Der Art. 1 der Verordnung für die eidgenössischen Medizinalprüfungen vom 19. März 1888 (A. S. n. F. X, 497) wird wie folgt ergänzt:

In Freiburg für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte (naturwissenschaftliche Prüfungen). Diese Prüfungen finden bis auf weiteres unter der Leitung des Präsidenten des Prüfungssitzes von Lausanne statt.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Verfassungsbestimmungen, allgemeine Unterrichts- und Spezialgesetze.

1. 1. **Verordnung betreffend die Einführung der Fortbildungsschule für die männliche Jugend des Kantons Uri.** (Vom 12. April 1897.)

Der Landrat des Kantons Uri, in Anwendung der Art. 5 und 8 der Kantonsverfassung,

beschliesst:

§ 1. An jedem Primarschulort wird eine Fortbildungsschule eingerichtet, welche nebst dem allgemeinen Erziehungs- und Bildungszweck die für jedermann notwendigen Schulkenntnisse wiederholen, üben und erweitern, damit dem praktischen Leben dienen und indirekt auch für die Rekrutenprüfung vorbereiten soll.

§ 2. Die Fortbildungsschule umfasst drei Jahre mit je vierzig Unterrichtsstunden.

Mindestens drei Viertel der Stunden sind von Anfang November bis Mitte März zu erteilen. Das Nähere bestimmt der Erziehungsrat unter Berücksichtigung der Ortsverhältnisse.

Den Schulräten steht es frei, die Abhaltung des Unterrichtes an Werktagen oder Sonntagen, niemals aber gleichzeitig mit einem Gottesdienste, anzusetzen.

§ 3. Zum Besuch der Fortbildungsschule sind alle bildungsfähigen Jünglinge verpflichtet, die jeweilen mit dem 31. Dezember das 16. Altersjahr zurücklegen und die militärische Aushebung noch nicht bestanden haben.

Wegen geistigen oder körperlichen Gebrechen nicht Bildungsfähige kann der Schulrat vom Besuche der Fortbildungsschule dispensiren.

Nicht pflichtig sind einzig jene, welche gleichzeitig eine Sekundarschule oder höhere Lehranstalt besuchen.

§ 4. Als Lehrer an der Fortbildungsschule können von den Gemeindeschulräten die Ortslehrer oder andere geeignete Persönlichkeiten angestellt werden. Dem Erziehungsrate steht das Genehmigungsrecht zu.

Einer Lehrstelle sind höchstens 30 Schüler zum gleichzeitigen Unterrichte zuzuweisen. Die Klassentrennung erfolgt nach den Fähigkeiten der Schüler.

Das Lehrpersonal bezieht für die Unterrichtsstunde je Fr. 1. 50 von der kantonalen Schulfondverwaltung, wenn die Schülerzahl 10 oder mehr beträgt, sonst aber Fr. 1.

Der Erziehungsrat wird von Zeit zu Zeit Bildungskurse und Konferenzen der Fortbildungslehrer veranstalten (§ 15 der Schulordnung).

§ 5. Die Unterrichtsfächer der Fortbildungsschule sind: Lesen, Schreiben, Rechnen (mündlich und schriftlich) und Vaterlandskunde.

§ 6. Die Lehrmittel bestimmt der Erziehungsrat. Sie werden den Gemeinden nach Massgabe der Schülerzahl von der kantonalen Schulfondverwaltung gratis geliefert.

§ 7. Der jährliche Staatsbeitrag an das Schulwesen wird für die Bedürfnisse der Fortbildungsschule (§ 4 und 6) um Fr. 1500 erhöht.

§ 8. Die Fortbildungsschule steht unter den nämlichen Aufsichtsbehörden, wie die übrigen Gemeindeschulen. Die Oberleitung ist Sache des Erziehungsrates.

§ 9. Für jede unentschuldigte Schulversäumnis soll der Schulrat unnachsichtlich eine Geldbusse von 30—50 Rp. ausfällen. Als Entschuldigung gelten die in § 12 der Schulordnung aufgeführten Gründe.

Fortbildungsschüler, welche sich grober Fehler im Betragen oder fortgesetzten Unfleisses schuldig machen, werden vom Schulrate im ersten Falle mit einem scharfen Verweis oder einer Geldbusse bis auf Fr. 10, im Rückfalle bis auf Fr. 20 bestraft. Die Bussgelder fallen in die Gemeindeschulkasse.

Polizeiliche Abholung widerspenstiger Schüler und Hinführung in die Schule bleibt überdies vorbehalten.

Wenn sich diese Strafen als wirkungslos erweisen, so sind die Straffälligen vom Schulrate der kantonalen Erziehungsbehörde zu verzeigen, welche auf begründeten Antrag des erstern einen Disziplinar-Arrest bis höchstens 4 Tage erkennt, den der Gebüsste auf eigene Kosten in der Kaserne zu Altdorf abzusitzen hat.

Die Schulräte sind verpflichtet, die Schüler beim Beginn der Schule auf die Strafbestimmungen aufmerksam zu machen.

§ 10. Durch gegenwärtige Verordnung, welche mit dem 1. Oktober 1897 in Kraft tritt, werden die Dekrete vom 10. Mai 1880 und vom 28./29. März 1883 über den Vorunterricht der Rekruten, sowie das Dekret vom 27. Januar 1886 betreffend Rekruten-Straf-Vorkurs aufgehoben, und es fallen beide Einrichtungen (bisheriger Vorunterricht und Strafkurs) dahin.

---

2. 2. Gesetz betreffend die Schulversäumnisse im Kanton Basellandschaft. (Vom 15. März 1897.)

Der Landrat des Kantons Basellandschaft beschliesst als Gesetz, was folgt:

§ 1. Die Eltern oder deren Vertreter haben die schulpflichtigen Kinder zum regelmässigen Schulbesuch anzuhalten. Sie sind für die Versäumnisse derselben verantwortlich.

§ 2. Ohne begründete Ursachen dürfen die Schüler den Schulunterricht nicht versäumen. Begründete Ursachen zu Schulversäumnissen sind: *a.* Krankheit des Schülers; — *b.* Todesfall oder schwere Krankheit in der Familie; — *c.* weiter Schulweg bei sehr ungünstiger Witterung; — *d.* andere triftige Gründe, die jeweilen besonders anzugeben sind.

§ 3. Über den Schulbesuch hat der Lehrer oder die Lehrerin eine Tabelle zu führen, und darin sowohl die entschuldigten als die unentschuldigten Versäumnisse der Schüler eigenhändig zu verzeichnen.

Aus diesen Tabellen hat der Lehrer oder die Lehrerin einen Auszug der Versäumnisse anzufertigen, denselben der Schulpflege zur Durchsicht, zur Anbringung allfälliger Bemerkungen und zur Unterzeichnung je auf Schluss des Monats vorzulegen und längstens auf den fünften Tag des folgenden Monats der Erziehungsdirektion einzureichen.

§ 4. Als eine Versäumnis gilt in den Alltags-, Halbtags-, Repetir- und Arbeitsschulen ein Schulhalbtag, ebenso das Ausbleiben vom Turnunterricht, wenn derselbe an einem Schulhalbtage stattfindet, an dem kein anderer Unterricht erteilt wird.

Beim Wechsel des Wohnortes hat das schulpflichtige Kind innerhalb drei Tagen nach dem Eintritt in die neue Gemeinde in die entsprechende Schule einzutreten. Überschreitungen dieser Frist gelten als unentschuldigte Versäumnisse.

§ 5. Lässt sich ein Schüler in einem und demselben Monat zwei unentschuldigte Schulversäumnisse zu schulden kommen, so sind die Eltern oder deren Vertreter durch den Lehrer sofort schriftlich an ihre Pflicht zu ermahnen. Versäumt dann der Schüler in demselben Monat neuerdings ohne begründete Ursache die Schule, so tritt Bestrafung nach folgender Skala ein: für die dritte und vierte unentschuldigte Versäumnis je 50 Rp., für die fünfte und jede folgende Versäumnis Fr. 1.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Gesetzes über Versorgung verwahrloster Kinder vom 22. November 1853.

§ 6. Die Bussen für Schulversäumnisse werden in erster Instanz nach § 5 von der Erziehungsdirektion ausgesprochen. Sie lässt die Strafbefehle den Gebüssten durch die Post zustellen.

§ 7. Wer den Strafbefehl der Erziehungsdirektion nicht anerkennt, kann innert fünf Tagen, von der Zustellung an gerechnet, bei der Gerichtskanzlei rekurriren. Die Gerichtskanzlei hat hievon der Erziehungsdirektion Mitteilung zu machen. Das Gerichtspräsidentenverhör hat den Fall in seiner nächsten Sitzung zu behandeln und den Entscheid, welcher ein endgültiger ist, sofort der Erziehungsdirektion einzusenden.

§ 8. Sowohl in den Strafbefehlen der Erziehungsdirektion als in den Entscheiden der Bezirksgerichtspräsidentenverhöre ist für den Fall, dass die Busse nicht innerhalb vierzehn Tagen nach der Zustellung des Strafbefehles, beziehungsweise der Mitteilung des gerichtlichen Urteils eingeht, die entsprechende Freiheitsstrafe, eine Stunde für 30 Rp. Geldbusse, anzusetzen.

§ 9. Die Erziehungsdirektion übermittelt die vollstreckbar gewordenen Strafbefehle, beziehungsweise die Urteile des Bezirksgerichtspräsidentenverhörs der Polizeidirektion zum Vollzug. Leistet der Gebüsste der Aufforderung, die Geldbusse innerhalb der festgesetzten Zeit zu bezahlen, keine Folge, so wird er zur Verbüssung der Freiheitsstrafe eingezogen.

§ 10. Die Geldbussen fallen in den Fond für Versorgung verwahrloster Knaben; die Gefängnisstrafen sind in den Bezirksgefängnissen abzubüssen.

§ 11. Durch dieses Gesetz werden aufgehoben: 1. die betreffenden Bestimmungen des Schulgesetzes vom 6. April 1835, insbesondere § 37 desselben; — 2. das Gesetz betreffend die Schulversäumnisse der Repetirschüler vom 13. September 1836; — 3. das Gesetz betreffend die Ausfertigung der Urteile über die strafbaren Schulversäumnisse an die dieselben beim Richter anklagende Behörde vom 20. Mai 1851; — 4. die Zusatzbestimmung zu § 42 des Schul-

gesetzes vom 6. April 1835, die Schulversäumnisse betreffend, vom 3. Februar 1853; — 5. die betreffenden Bestimmungen des Geschäftsreglements für die Gemeindeschulpflegen vom 3. Juni 1835; — 6. die Verordnung vom 1. Februar 1837 betreffend das Überweisen derjenigen Eltern u. s. w. an das Präsidentenverhör, welche durch Schulversäumnisse der unter ihren Befehlen stehenden Kinder straffällig werden; — 7. Regierungsratsbeschluss betreffend den Vollzug der Strafurteile für Schulversäumnisse vom 22. Juni 1892; — 8. Verordnung betreffend die Schulversäumnisse der Arbeitsschülerinnen vom 22. Februar 1854.

---

3. 3. **Gesetz betreffend die Versorgung und Erziehung armer Kinder und Waisen im Kanton St. Gallen.** (Erlassen am 18. November 1896. In Kraft getreten am 28. Dezember 1896.)

Der Grosse Rat des Kantons St. Gallen, in Ausführung des Art. 14 der Kantonsverfassung vom 16. November 1890 und in Revision des Gesetzes betr. die Versorgung und Erziehung armer Kinder und Waisen, vom 4. Januar 1881, verordnet als Gesetz:

Art. 1. Arme Kinder und Waisen, die der öffentlichen Unterstützung anheimfallen und die das dritte Altersjahr zurückgelegt, das sechszehnte aber noch nicht angetreten haben, sollen bei Privaten, womöglich ihrer Konfession, welche ausreichende Gewähr für ein geordnetes Familienleben wie für gehörige Pflege und Erziehung bieten, versorgt, oder in besonderen Waisenanstalten untergebracht, verpflegt und erzogen werden.

Aufnahme in die für Erwachsene bestimmten Armenanstalten ist untersagt.

Ausnahmsweise können solche Kinder in Notfällen vorübergehend, bis ein geeigneter Unterkunftsort für sie ermittelt sein wird, jedoch höchstens für die Zeit von sechs Wochen, in einer Armenanstalt versorgt werden.

Art. 2. Kinder, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht erziehungsfähig und weder in Anstalten noch in Familien unterzubringen sind, können im Armenhause bleibend versorgt werden.

Art. 3. Waisenanstalten, welche zwar die Trennung der Jugend von den erwachsenen Personen bei der Arbeit, beim Essen, zur Erholungszeit und in den Schlafräumen vorsehen, mit der Armenanstalt sich aber im gleichen Hause befinden und dadurch den Verkehr der Kinder mit den erwachsenen Insassen, wenn auch nur zeitweilig, ermöglichen oder begünstigen, sind den Armenanstalten gleichgestellt und daher von der Aufnahme von Kindern ausgeschlossen.

Bei den diesfalls waltenden Anständen entscheidet der Regierungsrat abschliesslich.

Art. 4. Kinder solcher unterstützungsbedürftiger Eltern, welche für eine gute Pflege und Erziehung der ersteren keine hinlängliche Gewähr bieten, sind den Waisenkindern in Bezug auf die öffentliche Privat- oder Anstaltsversorgung gleich zu halten. In Bezug auf die übrigen Rechte und Pflichten der Eltern wie der Vormundschaftsbehörden kommen die Vorschriften des Vormundschaftsgesetzes zur Anwendung.

Art. 5. Behufs Versorgung der Kinder, sowie behufs Überwachung der Pflege und Erziehung derselben, ernennt jede Gemeindearmenbehörde eine besondere Kommission von wenigstens fünf Mitgliedern, welcher mindestens ein Mitglied der Wahlbehörde angehören soll. Die Kommission hat auf die Mitwirkung von Geistlichen und Lehrern Bedacht zu nehmen und jedes in einer Familie versorgte Kind der Kontrolle durch eine Frauensperson (Patron oder Patronin) zu unterstellen.

Die mit der Kontrolle beauftragte Person hat sich durch fleissige und gewissenhafte Nachschau davon zu überzeugen, dass die Kinder zweckmässig versorgt und richtiger Pflege und Erziehung teilhaftig werden. Der Kommission ist hierüber regelmässiger Bericht zu erstatten, von dessen Richtigkeit und Vollständigkeit sie sich durch eigene Nachschau zu überzeugen hat.

Für die Versorgung ist die Grenze der Heimatgemeinde nicht massgebend. Die ausser der Heimatgemeinde untergebrachten Kinder sind von der Entrichtung der Beiträge an die obligatorische Aufenthalterkrankenkasse enthoben.

Die Vergebung der Kinder an Private mittelst Absteigerung ist untersagt.

Art. 6. Der Regierungsrat überwacht die Versorgung, Pflege und Erziehung der bei Privaten oder in Waisenanstalten untergebrachten Kinder und lässt zu diesem Zwecke regelmässige Nachschau halten. Auf Grund der diesfalls eingehenden Berichte trifft der Regierungsrat die erforderlichen Anordnungen.

Art. 7. An die Kosten, welche aus der Kinderversorgung bei Privaten oder in Waisenhäusern den Gemeinden erwachsen, leistet der Staat angemessene Beiträge nach Massgabe des Bedürfnisses. In erster Linie werden hiefür die Zinsen des Kapitalvermögensbestandes der Verwaltung des säkularisirten Klosters Pfäfers verwendet und allfällig weitere nötige Beiträge jeweilen durch das Budget festgesetzt.

Art. 8. Um Erstellung, Erweiterung oder Umbau besonderer Waisenanstalten zu erleichtern, wird der Staat den Gemeinden, in Berücksichtigung der finanziellen Lage derselben, sei es, dass sie solche Anstalten für sich allein oder in Verbindung mit anderen Gemeinden errichten wollen, an die Erstellungs- und Einrichtungskosten Beiträge bis auf höchstens 40 % derselben leisten. Letztere werden jeweils durch das Budget festgesetzt, sofern nicht andere Mittel verfügbar sind.

Art. 9. Pläne und Kostenberechnungen für alle neu oder durch Umbau zu erstellenden Waisenanstalten unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

Abweichungen von genehmigten Plänen, welche den Zweck der Anstalt ungünstig beeinflussen, haben neben dem Entzug des Staatsbeitrages die weitere Folge, dass der Regierungsrat die Benützung des Gebäudes als Waisenanstalt untersagen kann.

Art. 10. Die Kinder, welche am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes in den Armenhäusern untergebracht sind, können daselbst belassen werden. Ihre Versorgung und Überwachung unterliegen den Bestimmungen von Art. 6.

Art. 11. Der Regierungsrat wird die weiteren Massnahmen zum Vollzuge dieses Gesetzes treffen.

Art. 12. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist dasjenige vom 4. Januar 1881 aufgehoben.

---

4. 4. Gesetz betreffend die Besoldung der Lehrer im Kanton Thurgau. (Vom 8. August 1897.)

§ 1. Die Lehrer an der Primarschule beziehen von der Schulgemeinde, in welcher sie angestellt sind: *a.* eine fixe Besoldung von jährlich mindestens Fr. 1200; — *b.* eine anständige freie Wohnung und eine halbe Juchart (18 Ar) wohlgelegenen Pflanzlandes.

§ 2. Anstatt der Naturalleistungen nach § 1, litt. b, kann dem Lehrer eine entsprechende Entschädigung verabreicht werden, sofern die Anweisung einer Wohnung oder des Pflanzlandes verunmöglicht oder in hohem Grade erschwert ist.

In streitigen Fällen setzt der Regierungsrat die Entschädigung fest.

§ 3. Sofern dem Lehrer die Beheizung und Reinhaltung des Schulhauses, des Turnplatzes und der Umgebung des Schulhauses überbunden wird, ist er dafür entsprechend zu entschädigen. Die Reinhaltung der Lehrerwohnung nebst Zubehörden ist ohne weiteres Sache des Lehrers. Allfällig sich hierüber ergebende Anstände werden durch den Regierungsrat erledigt.

§ 4. Wenn an einer Schule das Einkommen des Lehrers die nach § 1 festgesetzte Summe übersteigt, so darf die Besoldung nicht vermindert werden, ausser wenn eine Klassenschule errichtet oder die Schulen anders organisirt werden, in welchem Falle der Gemeinde, unter Vorbehalt der Zustimmung des Regierungsrates, die Ausscheidung des Einkommens zusteht.

§ 5. Die fixe Besoldung wird dem Lehrer vierteljährlich ausbezahlt.

§ 6. Die Besoldung des provisorischen Lehrers ist in der Regel gleich dem Minimum der Besoldung eines definitiv angestellten Lehrers.

§ 7. Der Vikariatsgehalt beträgt für jede Schulwoche mindestens Fr. 20. Bei länger andauernden Vikariaten hat der Regierungsrat das Einkommen des Lehrers und seines Vikars nach Billigkeit zu reguliren.

Wo das Bedürfnis es erfordert, kann der Regierungsrat eine besondere Unterstützung bestimmen, die teils aus Staatsmitteln, teils aus Zuschüssen der Gemeindeschulkassen bestritten wird.

§ 8. Für die Besoldung der Primarlehrerinnen gelten die gleichen Bestimmungen, wie für die Besoldung der Primarlehrer.

§ 9. Die Besoldung einer Arbeitslehrerin beträgt im Minimum Fr. 150 bei 6 wöchentlichen Unterrichtsstunden. Im übrigen richtet sich die Besoldung nach der Stundenzahl.

§ 10. Der Jahresgehalt eines Sekundarschullehrers beträgt wenigstens Fr. 1800 nebst freier Wohnung oder einer entsprechenden Entschädigung.

In streitigen Fällen setzt der Regierungsrat die Entschädigung fest.

§ 11. Die Besoldung der Lehrer am Seminar beträgt Fr. 2200 bis 3200 nebst freier Wohnung, soweit es die Räumlichkeiten im Seminargebäude gestatten, oder einer Wohnungsentschädigung bis auf Fr. 500.

Der Seminardirektor erhält eine Gehaltszulage von Fr. 800.

§ 12. Die Besoldung der Lehrer an der Kantonsschule wird festgesetzt auf Fr. 3000 bis 3800.

Der Rektor der Kantonsschule erhält eine Gehaltszulage von Fr. 600, der Konrektor eine solche von Fr. 200 jährlich.

§ 13. Die Ausscheidung der Besoldungen für die einzelnen Lehrer der beiden kantonalen Anstalten, sowie die Festsetzung der an die Religions- und Hülfslehrer zu bezahlenden Entschädigungen findet auf den Vorschlag der Aufsichtskommissionen durch den Regierungsrat statt.

§ 14. In Ausnahmefällen, in denen es sich um die Gewinnung oder die Erhaltung von ausgezeichneten Lehrkräften für die kantonalen Lehranstalten handelt, ist der Regierungsrat berechtigt, Personalzulagen zu bewilligen, wovon er dem Grossen Rate bei der nächsten Budgetvorlage Kenntnis zu geben hat.

§ 15. Die Lehrer sämtlicher Schulstufen erhalten gleichmässig im Monat Dezember aus der Staatskasse: *a.* mit 6—10 Dienstjahren Fr. 100; — *b.* mit 11—15 Dienstjahren Fr. 200; — *c.* mit 16—20 Dienstjahren Fr. 300; — *d.* mit 21 und mehr Dienstjahren Fr. 400.

§ 16. Wenn ein Lehrer mit Tod abgeht, so bezieht die Familie desselben für den Monat seines Ablebens und die drei folgenden Monate den ganzen Betrag seines Einkommens; dieselbe hat jedoch für diese Zeit die Pflicht der Entschädigung des allfällig für den Verstorbenen bestellten Vikars.

§ 17. Der Staat leistet an die Schulausgaben der Gemeinden für jede Primarlehrerstelle einen jährlichen Beitrag von Fr. 100—400, welcher vom Regierungsrate nach Massgabe der Steuerlast der Gemeinden festzusetzen ist. An die Besoldung der Arbeitslehrerinnen leistet der Staat einen Beitrag von Fr. 40 bis Fr. 80.

§ 18. Überdies leistet der Staat an die Besoldung einer neu zu gründenden Primarlehrerstelle einen Kapitalbeitrag von Fr. 5000, welcher dem Schulfond einverleibt werden muss.

Wo die Umstände es notwendig machen, ist der Regierungsrat ermächtigt, ausserordentliche Beiträge zu gewähren und die Bedingungen dafür festzusetzen.

§ 19. Der jährliche Beitrag des Staates an jeden Sekundarschulkreis mit einem Lehrer ist auf Fr. 1200, mit zwei Lehrern auf Fr. 1600 bis 2000 und mit drei Lehrern auf Fr. 2400 bis 2800 festgesetzt.

§ 20. Die Auslagen für die kantonalen Anstalten (Kantonsschule und Seminar) fallen zu Lasten des Staates, soweit sie nicht aus den Anstaltsfondationen und vertraglich festgesetzten Leistungen gedeckt werden.

§ 21. Dieses Gesetz tritt nach Annahme desselben durch das Volk auf den 1. Januar 1898 in Kraft. Durch dasselbe werden das Gesetz über die Besoldung der Lehrer vom 14. Dezember 1873, sowie § 59, litt. b, und § 60 des Gesetzes betreffend das Unterrichtswesen vom 29. August 1875 aufgehoben.

---

5. 5. Loi sur les pensions de retraite des régents et régentes primaires du Canton de Vaud. (Du 15 février 1897.)

Le Grand Conseil du Canton de Vaud, vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat; vu l'art. 78 de la loi du 9 mai 1889 sur l'instruction publique primaire;

Décrète:

Art. 1er. Le régent breveté, qui compte 30 années de service ou plus, a droit à une pension de retraite calculée sur la base du $2^1/_7$ % du traitement minimum légal multiplié par 30.

La régente brevetée, qui compte 30 années de service ou plus, a droit à une pension de retraite calculée sur la base du $2^2/_3$ % du traitement minimum légal multiplié par 30.

Art. 2. Le régent breveté qui, après dix ans de service au moins, se trouve dans l'impossibilité de continuer ses fonctions pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou considérablement aggravée depuis son élection, a droit à une pension de retraite égale au $2^1/_7$ % du traitement minimum légal multiplié par le nombre de ses années de service.

La régente brevetée, qui se trouve dans le même cas, a droit à une pension de retraite égale au $2^2/_3$ % du traitement minimum légal multiplié par le nombre de ses années de service.

Art. 3. La veuve du régent breveté a droit, pendant son veuvage, à la moitié de la pension de retraite dont jouissait son mari ou à laquelle il aurait eu droit en cas de maladie.

Les orphelins du régent breveté ou de la régente brevetée on droit au cinquième de cette pension chacun, jusqu'a ce qu'ils aient atteint l'âge de 18 ans révolus.

Toutefois, la somme des pensions de la veuve et des orphelins ne peut excéder le total de la pension à laquelle le régent aurait eu droit.

Art. 4. Les régents et régentes qui, hors le cas de maladie, quittent leurs fonctions avant d'avoir accompli leur trentième année de service, ainsi que ceux qui sont destitués, perdent tout droit à la pension de retraite.

Dans les cas prévus par l'art. 61 de la loi sur l'instruction publique primaire, le Conseil d'Etat accorde au régent ou à la régente mis hors d'activité de service une indemnité ou une pension dont il fixe le chiffre.

Cette pension ne peut, en aucun cas, excéder les chiffres fixés aux art. 1 et 2 de la présente loi.

Art. 5. Peuvent être mis au bénéfice de la pension de retraite les maîtres spéciaux brevetés qui sont chargés d'un enseignement dans les écoles.

Art. 6. Les régents et régentes brevetés versent à la caisse de l'Etat, pour le service des pensions de retraite, une contribution annuelle qui est de fr. 50 pour les régents et de fr. 30 pour les régentes.

Art. 7. La loi du 1er juin 1871 sur les pensions des régents et des régentes est abrogée, ainsi que toutes autres dispositions contraires à la présente loi.

Art. 8. La présente loi entrera en vigueur le 1er mai 1897 pour être appliquée à toutes les pensions qui seront accordées dès cette date.

Art. 9. Un règlement sera arrêté par le Conseil d'Etat en vue de l'exécution de la présente loi.

---

6. 6. Loi portant création d'une École professionnelle et ménagère de jeunes filles à Genève. (Du 15 mai 1897.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

Le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat;

Décrète ce qui suit:

Art. 1er. L'École professionelle et ménagère de jeunes filles fait suite à la 6me année des écoles primaires et comprend deux années d'étude. Les élèves sortant de la 6me année des écoles primaires publiques sont admises sur la présentation d'un bulletin d'examen satisfaisant. Les élèves non munies de ce bulletin doivent être agées de 13 ans révolus et subir un examen dont les conditions sont fixées par le règlement.

Art. 2. Les branches d'étude sont: la langue française et la langue allemande particulièrement en vue de la rédaction et de la correspondance; l'arithmétique commerciale et la tenue de livres; le dessin et des notions pratiques de géométrie; des notions sommaires de sciences physiques et naturelles et de géographie commerciale; l'hygiène et l'économie domestique; la coupe et la confection de la lingerie et des vêtements; l'entretien du linge, le blanchissage et le repassage; la broderie; la cuisine; la gymnastique.

L'année scolaire est de 40 à 42 semaines à raison de 25 à 30 heures de leçons par semaine.

Art. 3. L'Ecole professionnelle et ménagère est gratuite.

Art. 4. Les élèves sortant de la 2me année avec un bulletin d'examen satisfaisant peuvent entrer dans la 4me classe de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles.

Art. 5. L'Ecole est dirigée par une maîtresse principale placée sous l'autorité du Directeur de l'enseignement primaire et professionnel. Le traitement de la maîtresse principale est fixé par le Conseil d'Etat.

A la tête de chaque classe se trouve une des maîtresses chargées de l'enseignement.

Art. 6. L'enseignement est confié à des maîtres spéciaux et à des maîtresses dont le traitement varie de 100 à 250 francs par an pour une heure de leçon par semaine.

Dispositions transitoires.

Art. 7. Il est ouvert au Conseil d'Etat: 1° un crédit de 4,500 francs pour l'exercice 1897; 2° un crédit de 6,000 francs pour frais de premier établissement.

Le Conseil d'Etat est autorisé à émettre des rescriptions jusqu'à concurrence de ces deux crédits.

Le Conseil d'Etat est autorisé à émettre des rescriptions jusqu'à concurrence de ces deux crédits.

Art. 8. Le Conseil d'Etat est autorisé à créer à titre d'essai un enseignement d'apprentissage pour les carrières suivantes: commerce, lingerie, confection de vêtements de dames, confection de vêtements d'enfants, repassage, broderies, modes.

A cet effet, il établira, dès la 2me année, des cours spéciaux qui pourront se continuer, en se développant, dans une 3me année. Après un premier essai, le Conseil d'Etat présentera un rapport au Grand Conseil qui statuera, s'il y a lieu, sur la création d'une école d'apprentissage proprement dite.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

---

7. 7. Loi sur l'organisation et l'administration de la Bibliothèque cantonale et des Musées. (Du 19 novembre 1897.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat,

Décrète:

Chapitre premier.

Art. 1er. Les institutions spéciales servant de complément aux établissements publics d'instruction supérieure, secondaire et primaire, sont: 1° la bibliothèque cantonale et universitaire; — 2° le musée cantonal des Beaux-Arts; — 3° les musées d'histoire naturelle; — 4° les musées d'antiquités et le médaillier.

Ces institutions sont aussi accessibles au public pour son agrément et pour son instruction.

*Chapitre II. — **Bibliothèque cantonale et universitaire.***

Art. 2. La direction de la bibliothèque cantonale et universitaire est confiée, sous le contrôle du Département de l'instruction publique et des cultes, au directeur de la bibliothèque qui a sous ses ordres: *a.* deux bibliothécaires; — *b.* deux surveillants de salle; — *c.* des aides temporaires.

Art. 3. Le directeur et les bibliothécaires sont nommés par le Conseil d'Etat pour une période de quatre ans; ils sont rééligibles.

Le directeur reçoit un traitement de fr. 3500 à fr. 5000.

Les bibliothécaires reçoivent un traitement de fr. 2800 à fr. 4000.

Les surveillants de salle sont nommés par le Conseil d'Etat. Leur traitement et la durée de leurs fonctions sont fixés au moment de leur nomination. Ils sont révocables en tout temps.

Des aides temporaires peuvent être nommés par le Conseil d'Etat quand le besoin en est reconnu. La durée de leurs fonctions et leur traitement sont fixés au moment de leur nomination.

Art. 4. L'achat des ouvrages pour la bibliothèque cantonale et universitaire se fait par le directeur de la bibliothèque, sous réserve de l'autorisation du Département de l'instruction publique et des cultes.

Les propositions d'achats lui viennent de l'Université de Lausanne et du public.

*Chapitre III. — **Musée cantonal des Beaux-Arts,***

Art. 5. La direction du musée cantonal des Beaux-Arts est confiée, sous le contrôle du Département de l'instruction publique et des cultes, au conservateur du musée.

Art. 6. Le conservateur est nommé par le Conseil d'Etat pour une période de quatre ans; il est rééligible.

Il reçoit un traitement annuel de fr. 1000.

Art. 7. L'achat d'œuvres d'art pour le musée a lieu par le conservateur, sous réserve de l'autorisation du Département de l'instruction publique et des cultes.

Art. 8. Lorsque le crédit budgétaire affecté au musée des beaux-arts n'est pas épuisé par les acquisitions de l'année, le solde disponible peut être porté en compte d'attente dans le but de faciliter l'achat d'œuvres d'art dont le budget annuel ne permettrait pas l'acquisition.

Ce compte d'attente pourra être augmenté par des dons, des legs et héritages.

*Chapitre IV. — **Musées d'histoire naturelle,***

Art. 9. Les musées d'histoire naturelle comprennent: *a.* le musée botanique; — *b.* le musée de géologie et de paléontologie; — *c.* le musée de minéralogie et de pétrographie; — *d.* le musée d'anatomie comparée; — *e.* le musée de zoologie et d'ethnographie.

Art. 10. La direction des musées d'histoire naturelle est confiée, sous le contrôle du Département de l'instruction publique et des cultes, à des conservateurs de musées.

Deux ou plusieurs de ces directions peuvent être confiées au même conservateur, suivant les aptitudes de ce dernier.

Art. 11. Ces conservateurs sont nommés par le Conseil d'Etat pour une période de quatre ans; ils sont rééligibles.

Ils reçoivent un traitement annuel de fr. 500 à fr. 1000.

Art. 12. A chaque conservateur est attaché un préparateur.

Art. 13. Les préparateurs sont nommés par le Conseil d'Etat pour une période de quatre ans; ils sont rééligibles.

Ils reçoivent un traitement annuel de fr. 2000 à fr. 3000.

Art. 14. Le Conseil d'Etat peut, en outre, sur demande motivée des conservateurs, leur accorder des aides temporaires.

Le traitement de ces derniers est fixé au moment de leur nomination.

Art. 15. Les achats sont faits par les conservateurs des musées.

Art. 16. Le crédit budgétaire annuel concernant les musées d'histoire naturelle est réparti entre ces différents musées par le Département de l'instruction publique et des cultes après avoir entendu les conservateurs intéressés.

*Chapitre V. — **Musées d'antiquités et médaillier.***

Art. 17. La direction des musées d'antiquités à Lausanne, Avenches et Chillon, ainsi que la direction du médaillier, sont confiées, sous le contrôle du Département de l'instruction publique et des cultes, à des conservateurs de musées.

Deux ou plusieurs de ces directions peuvent être confiées au même conservateur, suivant les aptitudes de ce dernier.

Art. 18. Les conservateurs sont nommés par le Conseil d'Etat pour une période de quatre ans; ils sont rééligibles.

Ils reçoivent un traitement annuel de fr. 300 à fr. 1000.

Art. 19. Il pourra être désigné des conservateurs adjoints et des assistants dont les fonctions et le traitement seront déterminés dans chaque cas particulier par le Conseil d'Etat.

Art. 20. La surveillance et l'entretien du musée d'antiquités à Avenches sont confiés à un concierge nommé par le Conseil d'Etat pour une période de quatre ans; il est rééligible.

Il reçoit un traitement annuel de fr. 300 à fr. 600 pour toutes choses.

Art. 21. Le concierge du Château de Chillon est en même temps concierge du musée historique.

Art. 22. Les achats d'objets pour les musées et le médaillier sont faits par les conservateurs.

Art. 23. Le crédit budgétaire annuel concernant les musées d'antiquités et le médaillier est réparti entre eux par le Département de l'instruction publique et des cultes, après avoir entendu les conservateurs intéressés.

*Chapitre VI. — **Dispositions communes.***

Art. 24. Les fonctionnaires attachés à la bibliothèque cantonale et aux musées restent au bénéfice des dispositions de la loi du 1er septembre 1882, allouant une pension de retraite aux membres du corps enseignant supérieur et secondaire, pour autant que les dits fonctionnaires font partie de ce corps au moment de leur nomination et que leur traitement reste dans les normes fixées par l'art. 2 de la dite loi.

Art. 25. L'accès de la bibliothèque (salle de lecture) et des musées est gratuit durant les heures d'ouverture.

Sous réserve des dispositions réglementaires, l'usage de la bibliothèque cantonale est également gratuit pour les personnes domiciliées dans le canton.

Art. 26. La police est la surveillance des salles des musées est faite par des gardiens.

Ces gardiens sont nommés par le Conseil d'Etat. Leur traitement et la durée de leurs fonctions sont fixés au moment de leur nomination.

Ils sont révocables en tout temps.

Art. 27. Des règlements organiques arrêtés par le Conseil d'Etat et des règlements de service intérieur, approuvés par le Département de l'instruction publique et des cultes, fixeront les obligations et vacances du personnel de la bibliothèque et des musées, ainsi que tout ce qui concerne l'usage de la bibliothèque et la reproduction (copies, dessins, photographies, moulages, etc.) des œuvres et des objets exposées dans les musées.

*Chapitre VII. — **Dispositions transitoires et finales.***

Art. 28. La surveillance générale et l'entretien de la bibliothèque cantonale, du musée des beaux-arts, du musée d'antiquités à Lausanne et du médaillier sont confiés provisoirement à trois concierges spéciaux, dont les fonctions cesseront avec le transfert de ces institutions dans l'édifice de Rumine.

Ils reçoivent un traitement annuel de fr. 1700 à fr. 1900 et jouissent chacun d'un logement.

Art. 29. Le personnel de la bibliothèque et des musées sera soumis à confirmation avant l'entrée en vigueur de la présente loi.

Art. 30. Le Conseil d'Etat est chargé de la publication et de l'exécution de la présente loi, qui entrera en vigueur le 1er janvier 1898.

II. Verordnungen, Beschlüsse und Kreisschreiben betreffend das Volksschulwesen.

8. 1. Wegleitung für die Beschäftigungen in den Kindergärten der Stadt Zürich. (Vom 20. Mai 1897.)

I. Stufe.

Bauen mit Würfeln (Kästchen mit 8 Würfeln). Nach Diktat und frei. Zum Beispiel: Haus, Brunnen, Tor etc. Schönheitsformen.

Sandarbeiten: Nach Diktat und frei bis zur selbständigen Ausführung einfacher Formen. Zum Beispiel: Rundes und viereckiges Gärtchen, zwei Gärtchen, Eisenbahn, Berg, Tunnel etc.

Kettenschnüren: Bis und mit 4 + 4 mit 2 Farben.

Perlenanreihen: Bis und mit 4 + 4 mit 2 Farben.

Nähen (Vor- und Hinterstich): Gerade Linie, Kreise, einfache Lebensformen: Kirsche, Stiefel, Apfel, Birne, Milchkrug, Stern, Spirale.

Legen mit Quadrattäfelchen: Bis und mit 10 Täfelchen. Zum Beispiel: wagrechte Reihe, senkrechte Reihe, Treppe, Tor, Tisch, Bank, Schönheitsformen.

Legen mit Erbsen: Nach Zeichnung. Bekannte, einfache Gegenstände. Zum Beispiel: Kreis, Viereck, Fenster, Tisch, Stuhl, Apfel, Birne, Strumpf, Tierformen: Vogel, Hund, Katze.

Kleben: Ringketten, einfache Rosette (Kreuzform), zusammengesetzte Rosette (Sternform), Lampenteller, nach Diktat und frei.

Legen mit Ringen: Freilegen. 2 Grössen.